



Andrea Lindholz

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende des Ausschusses für Inneres und Heimat
Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Gemeinsamkeiten von AfD und die Linke

Die Parteien AfD und die Linke zeichnen unterschiedliche Inhalte, Verhaltensweisen und Historien aus. Sie sollten daher nicht miteinander gleichgesetzt werden. Allerdings gibt es gewisse Gemeinsamkeiten, die den Unionsparteien eine Zusammenarbeit mit AfD und Linke verbieten. Als staatstragende Kraft der politischen Mitte müssen sich CDU und CSU von jeder Form des Extremismus maximal abgrenzen. Diese ganz klare Kante gegen Extremismus ist ein Alleinstellungsmerkmal der Union und zeichnet sie als Parteien der Inneren Sicherheit und des Rechtsstaats aus. **Extremismus darf man nicht mit Extremismus bekämpfen!**

1. Die AfD und die Linke dulden extremistische Strukturen in den eigenen Reihen

- In der AfD gewinnt der *Flügel* von Herrn Höcke stetig an Einfluss. Der Verfassungsschutz sieht beim *Flügel* und bei der Nachwuchsorganisation *Junge Alternative* „gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“. Beide Teilorganisationen wurden im Januar 2019 als „Verdachtsfall“ eingestuft und werden seither systematisch beobachtet.
- Auch Teile der Partei „Die Linke“ werden bis heute vom Verfassungsschutz beobachtet. Sieben der Partei nahestehende linksextremistische Organisationen sind im Verfassungsschutzbericht 2018 aufgeführt. Dazu gehören u.a. die Kommunistische Plattform oder Marx21. Gemeinsam ist ihnen, dass sie die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung ablehnen und die freiheitliche Demokratie durch ein kommunistisches bzw. anarchistisches System ersetzen wollen.

2. Für AfD und die Linke tragen Extremisten Führungsverantwortung

- Von Björn Höcke dem Sprecher der AfD-Thüringen und Vorsitzendem des „Flügels“ gibt es zahlreiche Belege seiner extremistischen Einstellung. Er ist nur ein Beispiel dafür, dass sich in der AfD Extremisten in der Parteispitze festgesetzt haben. Auf dem letzten AfD-Bundesparteitag wurden mit Stephan Brandner, Andreas Kalbitz und Stephan Protschka drei weitere Mitglieder des unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehenden „Flügel“ in den AfD-Bundesvorstand gewählt.
- Frau Janine Wissler sitzt für die Linke im hessischen Landtag und ist stellvertretende Bundesvorsitzende der Partei die Linke. Frau Christine Buchholz ist Mitglied des Bundestages und ebenfalls Mitglied des Linke-Parteivorstands. Winkler und Buchholz schreiben beide für das als linksextremistisch eingestufte Magazin Marx21 und unterstützen die darin propagierte Ideologie. Frau Wissler forderte z.B. sinngemäß die Abschaffung von Parlamenten und der Parteiendemokratie, weil sich über diese demokratischen Institutionen Sozialismus nicht verwirklichen lasse. (FAZ.net 12.05.2014)

3. AfD und die Linke lassen polizeibekannte Extremisten für sich arbeiten

- Der AfD-Bundestagsabgeordnete Siegbert Droese hat den Vorsitzenden der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ (IB) Daniel Fiß in seinem Bundestagsbüro angestellt. (Zeit.de 04.04.2019) Die IB wird als rechtsextremistische bzw. erwiesenen verfassungsfreundliche Organisation vom Verfassungsschutz beobachtet. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat den Ausschuss für Inneres und Heimat informiert, dass Anhänger der rechtsextremen IB wiederholt als Ordner auf AfD-Parteiveranstaltungen eingesetzt wurden.
- Der Linke-Bundestagsabgeordnete Dietmar Dehm hat den rechtskräftig verurteilten RAF-Terroristen Christian Klar in seinem Bundestagsbüro angestellt. (Welt.de 18.02.2016)

4. AfD und die Linke sind geschichtsvergessen

- Die Erinnerung an den industriell betriebenen Massenmord an Millionen Menschen im Dritten Reich muss uns ewig vor dem deutschen Zivilisationsbruch mahnen. Der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Herr Gauland verharmloste die NS-Zeit aber wörtlich als „Vogelschiss“ der deutschen Geschichte. Der AfD-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag Herr Höcke forderte im Angesicht des Holocausts eine „erinnerungspolitische Wende um 180-Grad“. Diese unsägliche Hetze ist abstoßend genug. Sie wirkt noch abstoßender nachdem in Halle 75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz nur eine Holztür ein Blutbad in einer deutschen Synagoge verhindert hat.
- Die Linke als Rechtsnachfolgerin der Sozialistischen Einheitspartei (SED) erkennt die DDR bis heute nicht als Unrechtsstaat an. Selbst vermeintlich moderate Vertreter der Linken wie Herr Ramelow behaupten, es gäbe keinen Beleg für einen Schießbefehl. (SPON 26.02.2009) Ramelow weigerte sich auch in der Sendung „Maischberger“ vom 12.02.2020 die DDR einen Unrechtsstaat zu nennen. Damit verhöhnern Ramelow und die Linke hunderte Mauertote und negieren das Leid unzähliger Opfer der Stasi und ihrer Angehörigen. Die DDR, die SED und die Mauer waren himmelschreiendes Unrecht, das wir ebenfalls nicht vergessen dürfen.

5. AfD und die Linke schüren Ängste, sind realitätsfern und gefährden unseren Wohlstand

- Die AfD redet von „Umvolkung“ und „Überfremdung“, dabei hat die unionsgeführte Bundesregierung die Asilmigration seit 2015 mit rechtsstaatlichen Mitteln um weit über 80 Prozent gemindert. Die deutsche Wirtschaft braucht dringend qualifizierte Fachkräfte, deren Migration wir über das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz erleichtern, während wir auf allen Ebenen intensiv weiterarbeiten, um die irreguläre Migration dauerhaft zu begrenzen. Die AfD spielt nicht nur mit Ängsten, sondern gefährdet unseren Wohlstand als exportorientierte Wirtschaftsmacht, indem sie ein wirtschaftsfeindliches Klima schafft.
- Die Linke redet von „Verarmung“ und „Sozialabbau“, dabei gibt Deutschland pro Jahr rund 1 Billion Euro für Sozialleistungen aus. Das funktioniert nur dank leistungsstarken deutschen Unternehmen. Nicht der Sozialismus, sondern freie Marktwirtschaft und gute Arbeitsplätze schützen vor Armut. Seit der Regierungsübernahme durch die Union 2005 hat sich die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland halbiert und es gibt 2,6 Millionen weniger Arbeitslose. Deutsche Unternehmen brauchen keine Verstaatlichungsphantasien sondern modernere Infrastruktur, qualifiziertes Personal und weniger Bürokratie.

6. AfD und die Linke spalten und destabilisieren – Populistischer Protest statt Regierungsverantwortung

- Herr Gauland hat als AfD-Parteivorsitzender seiner Partei ausdrücklich von der Übernahme von Regierungsverantwortung abgeraten (Zeit Online 13.02.2016). Die AfD verfügt weder über die Kompetenz noch über rechtsstaatlich umsetzbare Konzepte, um ernsthaft Regierungsverantwortung zu übernehmen. Sie beschränken sich auf populistische YouTube-Videos und Schaufensteranträge mit oft verfassungswidrigen Forderungen. Jede Stimme für die AfD verhindert letztendlich eine handlungsfähige bürgerliche Mehrheit in Deutschland und kann in rot-rot-grünen Experimenten enden wie in Thüringen.
- Die Linke ist nicht regierungsfähig und gefällt sich seit jeher in ihrer Rolle als Fundamentalopposition. 2013 bis 2017 gab es eine rot-rot-grüne Mehrheit im Deutschen Bundestag. Trotzdem regierte die Union mit der SPD. Zumindest auf Bundesebene erkennen SPD und Grüne an, dass mit der Linken kein Staat zu machen ist. Auf Landesebene wird dies zum Teil anders bewertet. Das mag auch an einzelnen Personen liegen, die moderat auftreten und durch ihre Ämter gezähmt werden, dies ändert aber nichts an der Gesamtausrichtung der Partei, die unseren konservativen Grundüberzeugungen diametral entgegensteht.

7. AfD und die Linke wollen die Freiheit abschaffen und das Land fundamental verändern

- Die AfD von Herrn Höcke will einen autoritären Staat, der das Prinzip der Menschenwürde schleift, ein Familienbild aus den 50er Jahren propagiert und Minderheiten gezielt rechtlos stellt. Die Rhetorik des Herrn Höcke können seine eigenen Parteifreunde nicht von der Adolf Hitlers unterscheiden. In seinem Buch fordert Herr Höcke einen neuen Führer für Deutschland und kreiert gleichzeitig um sich selbst eine Art Personenkult. Bis vor kurzem lief in der AfD selbst aus diesem Grund gegen Herrn Höcke noch ein Parteiausschlussverfahren. Inzwischen hat sein extremistischer Flügel einen solchen Einfluss in der AfD erreicht, dass der Parteiausschluss unmöglich ist. Höcke ist heute die AfD und die AfD ist Höcke.
- Die Linke träumt bis heute davon, das desaströs gescheiterte Experiment des real existierenden Sozialismus zu wiederholen. Große Teile dieser Partei lehnen die bestehende Gesellschafts- und Staatsordnung in Deutschland offen ab, dazu gehört unter anderem die stellvertretende Bundesvorsitzende der Partei die Linke, Janine Wissler.

Abschließend möchte ich anmerken, dass sich auch die Grünen schwer tun mit der klaren Abgrenzung von Extremisten, insbesondere von linksextremistischen und gewaltbereiten „Antifa“-Gruppen. Die Spitzenkandidatin der Grünen im Europawahlkampf Ska Keller, die Bundestagsabgeordnete Canan Bayram und weitere Grünen-Politiker haben öffentlich Sympathien für die „Antifa“ dokumentiert und verwischen damit die Grenzen des demokratischen Diskurses. Wer auch nur den Anschein erweckt, Gewalt sei als Mittel der Politik oder des Protestes legitim, hat weder die Demokratie noch den wehrhaften Rechtsstaat richtig verstanden.

Extremismus darf man nicht mit Extremismus bekämpfen!

Weiterführende Links:

Gemeinsamkeiten Linke und AfD:

https://www.hss.de/download/publications/Argu_Kompakt_2019-7_AfD_Die-Linke.pdf

Interview mit Wolfgang Bosbach:

<https://www.youtube.com/watch?v=r-6vjxiCbXk>

FAZ-Beitrag von Roland Koch (kostenpflichtig)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/roland-koch-zu-thueringen-weder-mit-afd-noch-mit-linken-16625285.html>

Zur Wählerschaft von AfD und Linke:

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-07/afd-linke-rechts-links-waehler-gemeinsamkeiten>